

**Resolution
verabschiedet vom
44. DPT**



**44. Deutscher Psychotherapeutentag
12./13. April 2024 in Würzburg**

**Bundesinstitut für öffentliche Gesundheit muss
psychische Gesundheit berücksichtigen**

Es gibt keine Gesundheit ohne psychische Gesundheit. Dieser Leitgedanke der Weltgesundheitsorganisation muss vom Bundesgesundheitsministerium bei Plänen zur Stärkung der Gesundheitsförderung und Prävention berücksichtigt werden.

Psychische Erkrankungen sind Volkskrankheiten. Jede*r dritte Erwachsene erkrankt innerhalb eines Jahres an einer psychischen Erkrankung. Dabei können psychische Erkrankungen auch die körperliche Gesundheit beeinflussen. Gleichmaßen können Menschen mit körperlichen Erkrankungen psychische Folgeerkrankungen entwickeln. Die Förderung der psychischen Gesundheit und Prävention psychischer Erkrankungen ist von hoher gesellschaftlicher Relevanz – auch angesichts der sehr hohen individuellen und volkswirtschaftlichen Kosten durch Behandlung, Arbeitsausfall, Frührente und eingeschränkter Teilhabechancen.

Ein Bundesinstitut für öffentliche Gesundheit kann die psychische Gesundheit der Bevölkerung im Sinne eines Public-Health-Ansatzes stärken. Die Pläne des Bundesgesundheitsministeriums zu einem „Bundesinstitut für Prävention und Aufklärung in der Medizin (BIPAM)“ greifen jedoch viel zu kurz und sparen die psychische Gesundheit bisher weitgehend aus. Die angekündigte Schwerpunktsetzung auf körperliche Erkrankungen ignoriert die Morbiditätslast in der Bevölkerung, die auf psychische Erkrankungen zurückzuführen ist, und verstellt damit den Blick auf die tatsächliche Breite des Handlungsbedarfs in der Prävention und Gesundheitsförderung. Auch die Engführung auf den Bereich der Medizin entspricht nicht einem Public-Health-Ansatz, der alle Bereiche und Akteur*innen des Gesundheits- und Pflegewesens einbindet sowie an zentrale Schnittstellen, etwa zu Bildung, Jugendhilfe, Arbeitslosenhilfe oder Rehabilitation, anknüpft.

Der 44. Deutsche Psychotherapeutentag fordert die Bundesregierung deshalb auf, in einem Konzept für ein Bundesinstitut für öffentliche Gesundheit die psychische Gesundheit explizit als Handlungsfeld zu benennen sowie einen Public-Health-Ansatz unter Einbezug aller relevanten Akteur*innen zu verfolgen.